Stand: 15.12.2025 21:15:22

Vorgangsmappe für die Drucksache 17/7047

"Streiks der Postbeschäftigten: Für faire Tarifverhandlungen - gegen Lohndumping!"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 17/7047 vom 17.06.2015
2. Plenarprotokoll Nr. 47 vom 18.06.2015
3. Beschlussempfehlung mit Bericht 17/8042 des SO vom 25.06.2015
4. Beschluss des Plenums 17/8147 vom 30.09.2015
5. Plenarprotokoll Nr. 53 vom 30.09.2015

Bayerischer Landtag

17. Wahlperiode 17.06.2015 **Drucksache 17/7047**

Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Markus Rinderspacher, Angelika Weikert, Doris Rauscher, Arif Tasdelen, Ruth Waldmann, Inge Aures, Volkmar Halbleib, Natascha Kohnen, Hans-Ulrich Pfaffmann, Helga Schmitt-Bussinger, Dr. Simone Strohmayr, Bernhard Roos, Kathi Petersen** und **Fraktion (SPD)**

Streiks der Postbeschäftigten: Für faire Tarifverhandlungen – gegen Lohndumping!

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag erklärt sich unter Wahrung der Tarifautonomie solidarisch mit den Forderungen der Postbeschäftigten.

Zudem fordert er den Freistaat Bayern als einen der Anteilseigner der Deutschen Post AG auf, sich dafür einzusetzen, dass der derzeitige Tarifkonflikt zwischen der Deutschen Post AG und der Gewerkschaft ver.di fair verläuft, sowie sich keinesfalls auf eine Ausgliederung der Arbeit von Postbeschäftigten in Regionalgesellschaften einzulassen, da diese im Ergebnis zu erheblichen Lohneinbußen führen kann.

Begründung:

Seit dem 8. Juni befinden sich Briefträger und Postboten der Deutschen Post AG im unbefristeten Streik. Eine schnelle Einigung im Tarifkonflikt zwischen der Deutschen Post AG und der Gewerkschaft ver.di scheint nicht in Sicht. Dennoch stoßen die Forderungen der Streikenden auf großes Verständnis in der Bevölkerung.

Trotz hoher Gewinne und Renditen verlagert die Deutsche Post AG die Arbeit der Paketzusteller in 49 Regionalgesellschaften mit dem Ziel, Lohnkosten zu senken. Die Beschäftigten der Deutschen Post AG befürchten daher eine Unternehmensstrategie des zunehmenden Lohndumpings. Weitere Gruppen könnten künftig in den Niedriglohnbereich und in den Sozialleistungsbezug abgedrängt werden.

Die Gewerkschaft ver.di verlangt hingegen eine Rückführung aller Beschäftigten in den Haustarifvertrag der Deutschen Post AG, insbesondere aber eine Aufrechterhaltung des Kündigungsschutzes sowie einen Verzicht auf weitere Fremdvergaben. Im Gegenzug hat ver.di sehr moderate Forderungen für die Gehaltsrunde gestellt und sich bereit erklärt, Zugeständnisse in Form langsamerer Aufstiege in die nächsthöheren Gehaltsstufen hinzunehmen.

Die Deutsche Post AG hat hingegen bislang noch nicht erkennen lassen, dass sie auf faire Verhandlungen mit Aussicht auf einen für beide Seiten tragfähigen Kompromiss bedacht ist. Vielmehr schüchtert sie insbesondere Beschäftigte mit befristeten Arbeitsverträgen zunehmend ein und fordert sie auf, zur Arbeit zu erscheinen. Diese Methoden widersprechen eindeutig den Grundsätzen einer fairen Tarifauseinandersetzung.

Da der Freistaat Bayern einen Anteil von 2,82 Prozent an der Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) hält, die wiederum mit 21 Prozent an der Post AG beteiligt ist, steht die Staatsregierung in der Pflicht, sich nachdrücklich für faire Tarifverhandlungen einzusetzen. Denn unternehmerische Strategien, die auf Einschüchterung, Lohndumping und unsicheren Arbeitsverhältnissen basieren, erscheinen in einem Unternehmen, an dem Bund und Länder beteiligt sind, völlig unangebracht.

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de - Dokumente abrufbar. Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de – Aktuelles/Sitzungen zur Verfügung.

(Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Das ist keine Argumentation!)

Wenn ich draußen bei Versammlungen vollmundig sage, dass ich es für einen Skandal halte, wenn wertvolle, hochwertig produzierte Lebensmittel im Freistaat Bayern verramscht werden, bekomme ich natürlich Beifall. 51 Cent pro Liter Milch sind ein Skandal. Da klatscht jeder. Aber Ihre Äußerung bringt keinem bayerischen Landwirt mehr Geld in die Kasse, Herr Kollege Herz.

(Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Wenn Sie nicht kontrollieren!)

Ganz konkret: Dort, wo ein Anlass besteht, wird von uns kontrolliert.

(Florian Streibl (FREIE WÄHLER): Wann?)

Aber ich sage Ihnen noch einmal, ich kann machen, was ich will, an der BGH-Rechtsprechung komme ich nicht vorbei.

(Zuruf des Abgeordneten Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER))

Der Einstandspreis – Herr Kollege Arnold, Sie haben es sauber und differenziert dargestellt – kann künstlich heruntergerechnet werden. So ist die geltende Gesetzeslage, und das ist auch geltende Rechtsprechung.

Meine Damen und Herren, lassen Sie uns versuchen, was das Thema Konsum und Verbraucherverhalten angeht, gemeinsam daran zu arbeiten, dass der Verbraucher ein anderes Qualitätsbewusstsein bekommt und nicht nur nach dem Preis entscheidet, dass er weiß: Die Lebensmittel sind in der Region erzeugt worden, die Qualität ist hoch, und die regionalen Wirtschaftskreisläufe – und nicht die anderen – werden durch reine Kaufentscheidung gestärkt.

(Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Ihre Untätigkeit … das ist alles!)

Es hilft nicht, hier populistisch zu argumentieren und dies oder jenes zu fordern.

(Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Hilflos! Untätig!)

Deshalb die ganz klare Ansage: Ja zur Entfristung über das Jahr 2017 hinaus. Ich halte es für wichtig, dass dieses klare Signal hinausgeht. Deshalb danke ich für den ganz konkreten Antrag der CSU-Fraktion.

(Beifall bei der CSU – Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Aber die Probleme der Gegenwart …!)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Vielen Dank, Herr Staatssekretär. – Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Damit ist die Aussprache geschlossen. Zum weiteren Sitzungsfahrplan: Wir werden jetzt über die drei Dringlichkeitsanträge abstimmen, und anschließend kommt die noch ausstehende namentliche Abstimmung zum vorhergehenden Tagesordnungspunkt.

Wir kommen zur Abstimmung. Dazu werden die Anträge wieder getrennt. Wer dem Dringlichkeitsantrag auf Drucksache 17/7044 – das ist der Antrag der Fraktion FREIE WÄHLER – seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen der FREIEN WÄHLER, der SPD und von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Gegenstimmen bitte. – Die CSU-Fraktion. Gibt es Enthaltungen? – Ich sehe keine. Damit ist der Antrag abgelehnt.

Wer dem Dringlichkeitsantrag auf Drucksache 17/7081 – das ist der Antrag der SPD-Fraktion – seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen der SPD, der FREIEN WÄHLER und von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Gegenstimmen bitte. – Die CSU-Fraktion. Gibt es Enthaltungen? – Ich sehe keine. Damit ist der Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

Wer dem Dringlichkeitsantrag auf Drucksache 17/7082 – das ist der Antrag der CSU-Fraktion – seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen der CSU, der SPD und von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Gegenstimmen bitte. – Die Fraktion der FREIEN WÄHLER. Gibt es Enthaltungen? – Ich sehe keine. Damit ist der Antrag angenommen.

Die Dringlichkeitsanträge auf den Drucksachen 17/7045 bis 17/7051 sowie 17/7083 werden in die zuständigen federführenden Ausschüsse überwiesen.

Ich komme zurück zum Dringlichkeitsantrag Nummer 3 und hier zur namentlichen Abstimmung. Es geht um den Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Angelika Weikert, Doris Rauscher und anderer und Fraktion (SPD) betreffend "Einschränkung des Streikrechts in Bereichen der Daseinsvorsorge – Angriff auf die Tarifautonomie!" auf der Drucksache 17/7043. Ich eröffne die Abstimmung. Sind Sie mit drei Minuten einverstanden? – Danke schön.

Bayerischer Landtag

17. Wahlperiode 25.06.2015 **Drucksache** 17/**8042**

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Angelika Weikert, Doris Rauscher u.a. und Fraktion (SPD)
Drs. 17/**7047**

Streiks der Postbeschäftigten: Für faire Tarifverhandlungen – gegen Lohndumping!

I. Beschlussempfehlung:

Ablehnung

Berichterstatterin: **Angelika Weikert**
Mitberichterstatter: **Steffen Vogel**

II. Bericht:

1. Der Dringlichkeitsantrag wurde dem Ausschuss für Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration federführend zugewiesen. Weitere Ausschüsse haben sich mit dem Dringlichkeitsantrag nicht befasst.
2. Der federführende Ausschuss hat den Dringlichkeitsantrag in seiner 34. Sitzung am 25. Juni 2015 beraten und mit folgendem Stimmergebnis:
   CSU: Ablehnung
   SPD: Zustimmung
   FREIE WÄHLER: Enthaltung
   B90/GRÜ: 1 Zustimmung, 1 Enthaltung
   Ablehnung empfohlen.

Joachim Unterländer
Vorsitzender

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de - Dokumente abrufbar. Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de – Aktuelles/Sitzungen zur Verfügung.

Bayerischer Landtag

17. Wahlperiode 30.09.2015 **Drucksache** 17/**8147**

Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten **Markus Rinderspacher, Angelika Weikert, Doris Rauscher, Arif Tasdelen, Ruth Waldmann, Inge Aures, Volkmar Halbleib, Natascha Kohnen, Hans-Ulrich Pfaffmann, Helga Schmitt-Bussinger, Dr. Simone Strohmayr, Bernhard Roos, Kathi Petersen** und **Fraktion (SPD)**

Drs. 17/**7047**, 17/**8042**

Streiks der Postbeschäftigten:
Für faire Tarifverhandlungen – gegen Lohndumping!

Ablehnung

Die Präsidentin

I.V.

Inge Aures

II. Vizepräsidentin

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de - Dokumente abrufbar. Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de – Aktuelles/Sitzungen zur Verfügung.

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Präsidentin Barbara Stamm

Präsidentin Barbara Stamm: Ich rufe **Tagesordnungspunkt 2** auf:

Abstimmung

über Anträge, die gemäß § 59 Abs. 7 der Geschäftsordnung nicht einzeln beraten werden (s. Anlage 1)

Hinsichtlich der jeweiligen Abstimmungsgrundlagen mit den einzelnen Voten der Fraktionen verweise ich auf die Ihnen vorliegende Liste.

(Siehe Anlage 1)

Wer mit der Übernahme seines Abstimmungsverhaltens bzw. des jeweiligen Abstimmungsverhaltens seiner Fraktion entsprechend der aufgelegten Liste einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. - Danke schön. Gegenstimmen bitte ich anzuzeigen. - Keine. Stimmenthaltungen? - Auch keine. Damit übernimmt der Landtag diese Voten.

Beschlussempfehlungen der Ausschüsse, die der Abstimmung über die nicht einzeln zu beratenden Anträge zugrunde gelegt wurden (Tagesordnungspunkt 2)

Es bedeuten:

(E)	einstimmige Zustimmungsempfehlung des Ausschusses
(G)	Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Gegenstimmen
(ENTH)	Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Enthaltungen oder Enthaltung einer Fraktion im Ausschuss
(A)	Ablehnungsempfehlung des Ausschusses oder Ablehnung einer Fraktion im Ausschuss
(Z)	Zustimmung einer Fraktion im Ausschuss

1. Antrag der Abgeordneten Dr. Hans Reichhart, Dr. Gerhard Hopp, Joachim Unterländer u.a. CSU
Arbeitsmarktpolitische Förderprogramme für Jugendliche
Drs. 17/5517, 17/8037 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	Z	Z	Z

2. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Laserspiele in Bayern - Gewährleistung des Jugendschutzes
Drs. 17/5610, 17/8038 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	Z	**ohne**	Z

Die Fraktion FREIE WÄHLER hat beantragt, das Votum „Zustimmung“ der Abstimmung zugrunde zu legen.

3. Antrag der Abgeordneten Martin Güll, Dr. Simone Strohmayr, Margit Wild u.a. SPD
Mehr Demokratie an Bayerns Schulen - Forderungen des Schülerkongresses „basis'15“ aufnehmen
Drs. 17/5716, 17/8024 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bildung und Kultus

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	Z	Z	Z

4. Antrag der Abgeordneten Doris Rauscher, Angelika Weikert, Arif Tasdelen u.a. SPD
Bürokratie in Kindertageseinrichtungen verringern – Antragsverfahren vereinfachen!
Drs. 17/6177, 17/7646 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	Z	Z	Z

5. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Christine Kamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Kindertagesstätten von unnötiger Bürokratie entlasten – Förderverfahren bei Gastkindern vereinfachen
Drs. 17/6206, 17/7647 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	Z	Z	Z

6. Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Alexander Muthmann u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Staatliche Hochbaumaßnahmen wirtschaftlicher planen und durchführen
Drs. 17/6225, 17/7691 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	Z	Z	Z

7. Antrag der Abgeordneten Joachim Unterländer, Kerstin Schreyer-Stäblein, Hermann Imhof u.a. CSU
Kommunale Lasten bei der Kindertagespflege
Drs. 17/6355, 17/8039 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	Z	Z	Z

8. Antrag der Abgeordneten Joachim Unterländer, Kerstin Schreyer-Stäblein, Hermann Imhof u.a. CSU
Bericht über Fort- und Weiterbildungsmaßnahmen von Arbeitnehmern im Freistaat Bayern
Drs. 17/6383, 17/8040 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	Z	Z	Z

9. Antrag der Abgeordneten Angelika Weikert, Doris Rauscher, Arif Tasdelen u.a. SPD
Bericht zur Umsetzung der Allianz für Aus- und Weiterbildung
Drs. 17/6555, 17/7545 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	Z	Z	Z

10. Antrag der Abgeordneten Prof. Dr. Peter Paul Gantzer, Stefan Schuster, Dr. Paul Wengert u.a. SPD
Sollstellenberechnung der Bayerischen Polizei
Drs. 17/6557, 17/7549 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	Z	A	Z

11. Antrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Isabell Zacharias, Hans-Ulrich Pfaffmann u.a. und Fraktion (SPD)
Neuer Konzertsaal in München ja, aber mit Kulturkonzept für ganz Bayern
Drs. 17/6607, 17/8045 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wissenschaft und Kunst

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	Z	Z	Z

12. Antrag der Abgeordneten Martin Güll, Margit Wild, Andreas Lotte u.a. SPD
Personalentwicklungskonzept für die Schulleitungen in Bayern vorlegen
Drs. 17/6652, 17/8025 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bildung und Kultus

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	Z	ENTH	Z

13. Antrag der Abgeordneten Florian Ritter, Franz Schindler, Horst Arnold u.a. SPD
Unabhängige empirische Studie zu Rassismus, Antisemitismus, rechtsextremer Einstellung und gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit in Bayern
Drs. 17/6734, 17/8044 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Verfassung, Recht und Parlamentsfragen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	Z	Z	Z

14. Antrag der Abgeordneten Josef Zellmeier, Joachim Unterländer, Oliver Jörg u.a. CSU
Dank an den Kirchlichen Suchdienst und Erhalt seiner Leistungen
Drs. 17/6773, 17/8041 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	Z	Z	Z

15. Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Dr. Leopold Herz u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Aussagekraft der Antibiotika-Kennzahlen sicherstellen – Sinnhaftigkeit der Dokumentation nachweisen
Drs. 17/6774, 17/7833 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	ENTH	Z	Z

16. Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Eva Gottstein u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Tätliche Angriffe auf Polizeibeamte und andere Einsatzkräfte
Drs. 17/6776, 17/8043 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Verfassung, Recht und Parlamentsfragen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	A	Z	A

17. Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Eva Gottstein u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
EU-Schulobst- und -gemüseprogramm: Auszahlung an die Lieferanten bereits nach 6 Wochen durchführen!
Drs. 17/6815, 17/8058 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	Z	Z	Z

18. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Thomas Kreuzer, Karl Freller, Erwin Huber u.a. und Fraktion (CSU)
Förderung von Elektro-LKWs und Elektro-Bussen
Drs. 17/6827, 17/7567 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	Z	Z	Z

19. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Susann Biedefeld, Kathi Petersen u.a. und Fraktion (SPD)
Steigerwald – Potenzialanalyse erstellen; Stopp des Aufhebungsverfahrens des Schutzgebiets „Hoher Buchener Wald“ durch die Regierung von Oberfranken
Drs. 17/6832, 17/7834 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	Z	A	Z

20. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Thorsten Glauber u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Modellprojekte für Elektrobusse und Elektro-Lkw in Bayern
Drs. 17/6841, 17/7568 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	Z	Z	Z

21. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Dr. Christian Magerl u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Machbarkeitsstudie Nationalpark Steigerwald
Drs. 17/6842, 17/7835 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	Z	A	Z

22. Antrag der Abgeordneten Tanja Schorer-Dremel, Angelika Schorer, Dr. Otto Hünnerkopf u.a. CSU
Bienenfreundliche Anlagen auf staatseigenen Flächen
Drs. 17/6843, 17/7692 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	Z	Z	Z

23. Antrag der Abgeordneten Horst Arnold, Susann Biedefeld, Herbert Woerlein u.a. SPD
Tiergerechte Haltung von Legehennen – Verordnungsdefizite beseitigen
Drs. 17/6859, 17/7836 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	Z	Z	A

24. Antrag der Abgeordneten Gudrun Brendel-Fischer, Angelika Schorer, Eric Beißwenger u.a. CSU
Antragsverfahren für den Bayerischen Umweltfonds vereinfachen
Drs. 17/7002, 17/7837 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	Z	Z	Z

25. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Angelika Weikert, Doris Rauscher u.a. und Fraktion (SPD)
Streiks der Postbeschäftigten: Für faire Tarifverhandlungen – gegen Lohndumping!
Drs. 17/7047, 17/8042 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	Z	ENTH	Z

Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat beantragt, das Votum „Zustimmung“ der Abstimmung zugrunde zulegen

26. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Kerstin Celina u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Bayern barrierefrei 2023 – Gesamtkonzept zur Umsetzung des Sonderinvestitionsprogramms vorlegen
Drs. 17/7049, 17/7648 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	Z	Z	Z

27. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Florian von Brunn, Klaus Adelt u.a. und Fraktion (SPD)
Konsequenzen aus dem Salmonellen-Skandal II: Selbstkontrollen auf den Prüfstand, amtliche Kontrollen intensivieren und Reaktion beschleunigen
Drs. 17/7050, 17/7838 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	Z	Z	Z

28. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Ruth Waldmann, Doris Rauscher u.a. und Fraktion (SPD)
Sonderinvestitionsprogramm für „Bayern barrierefrei 2023“ vorlegen!
Drs. 17/7083, 17/7649 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	Z	Z	Z

29. Antrag der Abgeordneten Harry Scheuenstuhl, Helga Schmitt-Bussinger, Horst Arnold u.a. SPD
Konversionsprogramm im Nahbereich Ansbach/Illesheim zum Ausgleich der wirtschaftlichen Folgen durch den Abzug der US-Truppen
Drs. 17/7086, 17/7538 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	Z	Z	Z

30. Antrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Klaus Adelt, Harry Scheuenstuhl u.a. SPD
Umsetzung der Kennzeichnung von Eiern nach Herkunft und Haltungsform in Fertigprodukten
Drs. 17/7090, 17/7839 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	Z	Z	Z

31. Antrag der Abgeordneten Dr. Paul Wengert, Klaus Adelt,
Prof. Dr. Peter Paul Gantzer u.a. SPD
Lehren aus Schneitzlreuth ziehen - Feuerbeschau überprüfen
Drs. 17/7134, 17/7583 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	Z	Z	Z

32. Antrag der Abgeordneten Dr. Otto Hünnerkopf, Gudrun Brendel-Fischer,
Volker Bauer u.a. CSU
Risikoorientierte Kontrollen bei Legehennenbetrieben ausbauen
Drs. 17/7234, 17/7840 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	Z	Z	Z

33. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Thomas Kreuzer, Karl Freller,
Erwin Huber u.a. und Fraktion (CSU)
Hitzeschäden auf Autobahnen
Drs. 17/7046, 17/7494 (erledigt erklärt)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

der den Antrag für erledigt erklärt hat